

Antrag

der Abgeordneten Peter Felser, Stephan Protschka, Franziska Gminder, Verena Hartmann, Wilhelm von Gottberg, Marc Bernhard, Stephan Brandner, Marcus Bühl, Matthias Büttner, Petr Bystron, Tino Chrupalla, Siegbert Droese, Dr. Michael Espendiller, Dr. Anton Friesen, Dr. Götz Frömming, Mariana Iris Harder-Kühnel, Udo Theodor Hemmelgarn, Dr. Heiko Heßenkemper, Martin Hohmann, Jörn König, Steffen Kotré, Rüdiger Lucassen, Frank Magnitz, Jens Maier, Andreas Mrosek, Christoph Neumann, Ulrich Oehme, Gerold Otten, Frank Pasemann, Tobias Matthias Peterka, Jürgen Pohl, Uwe Schulz, Thomas Seitz, Detlev Spangenberg, Dr. Dirk Spaniel, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD

Waldbesitzer unterstützen – Wald nachhaltig umbauen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Wald ist ein wichtiger Lebensraum für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten und gleichzeitig auch Erholungsraum für unsere Bevölkerung. Für unsere Kinder ist der Wald ein Platz für freies Spielen und intensives Erlernen der Grundkompetenzen im Umgang mit der Natur. Seit vielen Generationen bemühen sich gut ausgebildete Förster im Bereich der Umweltbildung (www.waldwissen.net/wald/erholung/wsl_wald_gesundheit/index_DE).

Seit nunmehr 40 Jahren gerät der deutsche Wald immer wieder in den Fokus der Öffentlichkeit. In den 1970er Jahren wurden Waldschäden in einigen Regionen zum ersten Mal deutlich sichtbar. Dennoch ist der Holzvorrat so hoch wie seit Jahrhunderten nicht mehr. Nun ändert sich das Gesamtbild des Waldes zum wiederholten Male (www.bundeswaldinventur.de/fileadmin/SITE_MASTER/content/Downloads/BMEL_Wald_Pressetexte_BWI.pdf).

Sowohl nicht bewirtschaftete als auch multifunktional bewirtschaftete Forstbestände erfüllen je nach den jeweiligen standörtlichen Gegebenheiten wichtige ökologische Funktionen, beispielsweise haben sie eine positive Wirkung auf das Klima, den Wasserhaushalt und die Bodenfestigkeit in steilen Gebirgslagen (www.bmel.de/Shared-Docs/Downloads/Broschueren/UnserWaldneu.pdf?__blob=publicationFile, S. 9).

Die Forstwirtschaft dient darüber hinaus in erster Linie der Rohstoffherzeugung, insbesondere der Bereitstellung von Rohholz. Die wirtschaftliche Bedeutung der Holzproduktion und der darauf aufbauenden Holzwirtschaft wird oftmals unterschätzt. So vereint der Cluster „Forst & Holz“ in Deutschland mehr als 1,8 Millionen Waldeigentümer und 1,1 Millionen Beschäftigte. Gemeinsam erwirtschafteten sie einen jährlichen

Gesamtumsatz von rund 180 Milliarden Euro. Die Holznutzung ist nicht nur unter volkswirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gesichtspunkten positiv zu beurteilen. Auch in ökologischer Hinsicht ist die Holznutzung grundsätzlich vorteilhaft, wenn durch Holzprodukte energieintensivere Materialien bzw. Importe substituiert werden können, beispielsweise im konstruktiven und nichtkonstruktiven Baubereich (www.pressebox.de/inaktiv/messe-muenchen-gmbh/Cluster-Forst-und-Holz-1-1-Millionen-Beschaeftigte-180-Milliarden-Umsatz/boxid/897271).

Klimastabile Mischwälder zeichnen sich nicht nur durch eine verstärkte Anpassungsfähigkeit an sich ändernde Umweltfaktoren aus. Die Bereitstellung von verschiedenen Holzarten und Holzsortimenten ermöglicht darüber hinaus eine flexiblere Berücksichtigung an die Anforderungen der Holzwirtschaft und garantiert den Waldbesitzern eine starke Position gegenüber den zunehmend global aufgestellten Konzernen der Abnehmer. Bezüglich der derzeitigen Klimaveränderungen werden trockenheitsunempfindliche Baumarten stärker in den Fokus rücken. Die Entwicklung hin zu naturnahen, klimastabilen Mischbeständen geht jedoch gerade vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Extremwetterlagen der letzten Jahre zu langsam voran (www.wissenschaft.de/umwelt-natur/mischwaelder-sind-widerstandsfaehtiger/).

Es ergeben sich in diesem Zusammenhang verschiedene Handlungsfelder, um die Waldbesitzer zu unterstützen und den Waldumbau verstärkt an die aktuellen Erfordernisse anzupassen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

eine waldbauliche Initiative in Kooperation von Bund und Ländern zu starten. Diese Initiative sollte folgende Aspekte berücksichtigen:

1. die Klein – und Kleinstprivatwaldbesitzer durch Vereinfachung der Förderrichtlinien auf allen Landesebenen zu unterstützen, gegebenenfalls durch Ermöglichung von Sammelanträgen (schnell, gerecht, einfach) durch mehrere Waldbesitzer;
2. Forstbetriebsgemeinschaften/Waldbesitzervereinigungen bei der Holzvermarktung gezielt zu fördern, unter Drosselung der Einschlagsmenge im Frischholzmarkt;
3. das Krisen- und Risikomanagement durch ausreichend Forstpersonal mit gutem forstlichem Sachverstand zu unterstützen;
4. das Forstschäden-Ausgleichsgesetz (ForstSchAusglG) umgehend durch steuerliche Anpassungen, Vereinfachungen in der Logistikkette zu ändern;
5. Konzentrationsprozesse in der Holzwirtschaft (z. B. im Fall der Großsägebetriebe) und die damit einhergehenden Auswirkungen auf die Preisentwicklung kritisch zu überprüfen;
6. im Fall der Hauptbaumarten (Buche, Fichte, Kiefer, Eiche) die versuchsweise Einbringung von Herkünften aus anderen Teilen Europas (insbesondere Ost – und Südeuropa) zu ermöglichen;
7. die horst- und gruppenweise Einbringung von fremdländischen Baumarten, wie z. B. Douglasie, Küstentanne, Schwarzkiefer, Esskastanie, Roteiche, Tulpenbaum und Schwarznuss durch Anpassungen/Änderungen im Forstsaatgutgesetz sowie durch Änderungen in den Baumschulverordnungen zu ermöglichen;
8. die Liste des Bundesamtes für Naturschutz bezüglich der Definition „invasive Baumart“ zu überprüfen (insbesondere hinsichtlich der Einbringung der Douglasie);
9. die Forschung zur Baumartenverwendung, besonders bei der Verwendung von heimischen Nebenbaumarten zu intensivieren und verstärkt in die Forschung und Entwicklung zu investieren;

10. die Forstpflanzenzüchtung nicht nur im Fall der Hauptbaumarten weiter zu intensivieren, sondern auch auf geeignete Nebenbaumarten auszudehnen; zu diesem Zweck die finanzielle Ausstattung des Waldklimafonds deutlich aufzustocken;
11. im Rahmen der Hilfsmaßnahmen für private Waldbesitzer Waldschutzmaßnahmen als öffentlichen Aufgabenbereich zu gewährleisten;
12. dass die Verwendung von Holz im Baubereich durch Änderungen/Vereinheitlichung und Vereinfachungen in den regionalen Bauordnungen beworben und ermöglicht wird (Holzbauoffensive);
13. die Forschung zu Verbindungsmitteln/Brettschichthölzern mit verschiedenen „neuen Laubbaumarten“ zu vertiefen;
14. die Studienzahlen in den Fakultäten Göttingen, Eberswalde, Freiburg, Weißenstephan, Tharandt u. a. (auf mitteleuropäische Forstwirtschaft ausgerichtet) deutlich an den gestiegenen Bedarf anzupassen;
15. die Wiedereinstellung eines festgelegten Einstellungskorridors im mittleren, gehobenen und höheren technischen Forstdienst in allen Landesforstbetrieben inklusive eines sich anschließenden Einstellungskorridors (um einer weiteren Personalüberalterung entgegenzuwirken) zu forcieren;
16. ein Konzept zur Kompensation des demographischen Wandels durch personelle und organisatorische Stärkung des Staatswaldes zu entwickeln. Ein wichtiger Aspekt soll dabei neben einer verstärkten Einstellung auch die Schaffung von temporären Projektstellen sein;
17. Änderungen/Anpassungen im Fachgebiet Waldbau, Öffnung der Lehrmeinung (hin zu einem umfassenden, vielfältigen Baumartenspektrum, um flexibel auf klimatisch bedingte Veränderungen reagieren zu können) zu ermöglichen;
18. im Fall von Kalamitäten eine Unterstützung durch die Bundeswehr zur Bewältigung der anfallenden enormen Holzmengen zu prüfen und ggf. zu veranlassen;
19. forstliches Marketing zum Berufstand des Försters durch Bereitstellung von Finanzmitteln zu ermöglichen sowie Werbung für den deutschen Wald und den zugehörigen Berufsständen (die in ihm arbeiten und wirtschaften) strategisch zu planen und umzusetzen;
20. in Kooperation mit den Jägern die Höhe des Wildbestandes mit den Erfordernissen der waldbaulichen Zielsetzungen in Übereinstimmung zu bringen. Anzustreben ist dabei „Wald mit Wild“, daraus folgt, dass bei der Einbringung von fremdländischen Baumarten das Kleingatter oder Einzelschutz notwendig werden, führende Hauptbaumarten sollten sich allerdings auch ohne Schutz verjüngen können;
21. keine weiteren Flächenstilllegungen vorzunehmen;
22. einen Ausbau der digitalen Infrastruktur zwecks Gewährleistung einer flächendeckenden Vernetzung und Kommunikation im Rahmen der weiteren Entwicklung der Forst-Holz-Logistikkette zu ermöglichen.

Berlin, den 18. September 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

